

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wielunstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Strifand,
in Breslau bei Emil Habalt.

Posener Zeitung

Nennundsechzigster Jahrgang.

Nr. 92.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Montag, 7. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Insera-
tion.
Raum, in
Expedition
Zuge Morgens
N. 4.

Deutscher Reichstag.

46. Sitzung.

Berlin, 5. Februar. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, v. Kameke, v. Voigts-Rhege, Miquel u. A.
Vizepräsident Dr. Hänel: Meine Herren! Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, habe ich heute eine schwere Pflicht zu erfüllen. Der Präsident dieses hohen Hauses, Herr v. Forckenbeck ist für heute und für die voraussichtlich auch noch bevorstehenden Sitzungen entschuldigt. Ein schwerer Schicksalsschlag hat denselben getroffen. Die Götter sind ihm durch einen plötzlichen Tod entzogen worden, er hat nicht den Trost gehabt, derselben in ihrer letzten Stunde beistehen zu können. Es ist dieses Todes herauf gewiesen durch die Geschichte dieses Hauses, welchen er mit der gewöhnlichen Energie, Umsicht und Unparteilichkeit vorstand. Um so inniger, um so herzlicher sind die Gefühle der Theilnahme auf allen Seiten des Hauses, und ich erlaube mir, das Gefühl dieser herzlichen Theilnahme dadurch Ausdruck zu verleihen, daß ich Sie bitte, sich von Ihren Sitzen zu erheben. (Das Haus erhebt sich.) Ich lasse gleichzeitig um die Ermächtigung nach — (das Haus erhebt sich dieselbe) — von diesem Zeichen der Theilnahme dieses Hauses unserem verehrten Präsidenten Theilnahme zu machen.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein. Ohne Debatte werden in dritter Berathung die Gesetzentwürfe 1) betreffend die weitere Anordnung über Verwendung der durch das Gesetz vom 2. Juli 1873 zum Re-establishment des Heeres bestimmten 103,816,810 Thlr. und die zu diesem Zwecke ferner erforderlichen Geldmittel; 2) betreffend die Verwendung aus der französischen Kriegskosten Entschädigung; 3) betreffend die zur Erweiterung und Fortbildung eines Schießplatzes für die Artillerie Prüfungs-Kommission, zur Erweiterung des Dienstgebäudes des Generalstabes der Armee zu Berlin und zu Kasernenbauten, in Leipzig und Barmen ferner erforderlichen, aus der französischen Kriegskosten-Entschädigung zu deckenden Geldmittel vom Hause genehmigt.

Es folgt die zweite Berathung der Uebersicht der außerordentlichen Ausgaben und Einnahmen, welche durch den Krieg gegen Frankreich veranlaßt sind, oder mit demselben im Zusammenhange stehen, für das Jahr 1874, auf Grund des mündlichen Berichtes. Die Kommission beantragt: 1) Die Uebersichtungen gegen die Bewilligungen im Gesetz v. 2. Juli 1873 vorbehaltlich der bei der Rechnungsrevision sich etwa ergebenden Erinnerungen nachträglich genehmigen; 2) zu erklären, daß durch die Vorlegung der Uebersicht der außerordentlichen außerordentlichen, durch den Krieg mit Frankreich veranlaßten Ausgaben der Vorbericht im Gesetze vom 2. Juli 1873 und im Gesetze vom 10. Februar 1875 genügt worden ist. Nach kurzer Besprechung dieses Antrages durch den Ref. Abg. Dehmann wird derselbe vom Hause angenommen.

Nachher Gegenstand der Tagesordnung ist: Die Berathung des zweiten Berichtes der Reichsrenten-Kommission über ihre Thätigkeit, sowie über die Ergebnisse der unter ihrer Aufsicht stehenden Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, des Festungsbaufonds und des Fonds für Errichtung des Reichstagsgebäudes. Berichterstatter Abg. Richter empfiehlt unter Hinweis auf die gestrige erscheinende Debatte den Antrag der Kommission: der Reichstag wolle beschließen, für die vom Rechnungshofe revidirten und festgestellten Rechnungen des Reichs-Festungs-Baufonds und des Fonds für Errichtung des Reichstagsgebäudes für die Jahre 1873 und 1874, sowie des Reichs Invaliden-Fonds für 1873 Decharge zu erteilen.

Abg. v. Ludwig: Es handelt sich hier vor Allem um die Frage, ob materiell dem Gesetze gemäß verfahren worden ist. Ich muß das entschieden verneinen. Die gestrige Debatte hat auf mich keinen guten Eindruck gemacht und wenn Herr Miquel meinte, er habe uns die Räthsel gelöst, so erwidere ich: mir sind die Räthsel nicht gelöst. Meiner Auffassung nach ist bei dem ganzen Verfahren gegen das Gesetz gefehlt, ja es ist das Gesetz in seinen wesentlichen Bestimmungen geradezu umgangen worden; und ich fordere alle Juristen des Hauses auf, wenn sie können, zu widerlegen. Nach § 11 des Invalidenfonds-Gesetzes soll die den Fonds verwaltende Behörde von der allgemeinen Verwaltung abgesondert und selbstständig sein und sie sollte unter der fortwährenden Aufsicht der Reichsrechnungskommission gestellt sein. Nach § 12 sollen der Vorsitzende und die Verwaltungsmitglieder dieser neu zu bildenden Behörde unbedingt verantwortlich sein und einen besonderen Eid dahin leisten, sich von der Erfüllung der ihnen mit eigener Verantwortung obliegenden Pflichten durch keine Anweisung oder Verordnung irgend welcher Art abhalten zu lassen. So sagt das Gesetz. Was aber ist faktisch geschehen? Nicht eine besondere, ad hoc zu bildende, selbstständige Behörde hat die Verwaltung der Fonds in den bewußten Papieren besorgt, sondern der Präsident des Reichskanzleramtes, also die allgemeine Finanzverwaltung im grellen Widerspruch zu dem Wortlaut des Gesetzes, eine Behörde, die gar keine gesetzlichen Verantwortlichkeiten unterliegt, die wir uns gestern der Präsident Delbrück selbst erklärte, nur die moralische Verantwortlichkeit trägt, die allerdings in diesem Falle schwer genug zu tragen sein mag. Nur diese ist in der ganzen Sache thätig gewesen. Erst als man Hals über Kopf das ganze Geschäft der Verwaltung in diesen Papieren abgewickelt hatte, erst da wurde die Behörde geschaffen, die doch, da sie sich nicht verpflichtet ist, für die gesetzmäßige Anlage einzustehen, vor allen Dingen hätte sagen müssen: ich bin nicht in der Lage, den geschaffenen Zustand so ohne Weiteres zu übernehmen. Sie hat aber kein Wort gesagt, und den ganzen Geschäftsgang, als wenn er unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit geschehen wäre, übernommen. Bei solchen Zuständen, m. H., ist es wohl nicht wunderbar, wenn das Volk auf allerlei Gedanken kommt. Es ist ja leider Thatsache, daß das Mißtrauen in höchsten Grade durch alle die hundertfachen Gründungsgeschichten regiert worden ist, die in Deutschland in den letzten Jahren vorgekommen sind. Und wenn nun der Präsident des Reichskanzleramtes eine Anlage des Invalidenfonds macht, zu der er nach dem Gesetze absolut nicht die erforderliche Person war, wenn er eine Belegung zu der er nach dem Gesetze bis zum Juli 1875 Zeit hatte, im ersten Monat des Jahres 1873 über Hals und Kopf macht, und wenn er diese Anlage in Papieren macht, die allerdings in der allerletzten Reihe zulässig waren, aber durchaus nicht dem eigentlichen Geiste und der Art der Verwaltung eines solchen Fonds entsprechen, wenn ferner diese Anlage gemacht worden ist zu absolut nachweisbaren und nicht zu bestreitenden Vortheilen von Führern der herrschenden Majorität des Reichstages (Große Unruhe), dann, meine Herren, können Sie es dem Publikum nicht verdenken, wenn es mißtrauisch ist. Und wenn wir dazu all' die Hunderte von Thatsachen nehmen, die in dieser Sache gerade in Beziehung auf diese Herren in die Öffentlichkeit gedrungen sind (Große Unruhe) deren Wahrheit ich nicht im entferntesten ohne Weiteres annehme, die aber doch einmal in die Welt hinausgerufen sind — ich erinnere nur an das Buch von Glagau, welches Herr Miquel auf 20 Seiten als Gründe anführt —; ich weiß also nicht, ob das wahr ist (Abg. Richter: „So schweigen Sie, wenn Sie nichts

wissen“), aber, meine Herren, Thatsache ist es doch, daß es einmal in die Öffentlichkeit gedrungen ist und daß es noch nicht widerlegt ist. (Wiederholte Unruhe.) Die Zwischenbemerkungen, meine Herren, verheißt ich nicht; sie sind für mich nicht da. (Auf: Schweigen.) Meine Herren, das Volk im Großen und Ganzen denkt über solche Dinge noch gerade so, wie es vor Schaffung oder Entfernung der Wucherer-Gesetze gedacht hat. Auch heute wundert man sich, wenn Jemand plötzlich reich wird. Das Volk der gemeine Mann weiß, daß es außerordentlich schwer ist, im Wege der ehrlichen Arbeit reich zu werden, die Fälle einer Erbschaft oder einer Heirat natürlich ausgenommen. (Heiterkeit.) Wenn daher Jemand in sehr kurzer Zeit zu großem Vermögen kommt, wie es durch diese Gründungsgeschichten unzweifelhaft geschehen ist, (Auf: so muß er verbrannt werden!), so ist das Volk durchaus nicht anerkennend gegen einen solchen Mann. Ich habe trotz meiner schlechten Ohren die Worte gehört: „so muß er verbrannt werden“; nein, verbrannt wird er nicht, aber die öffentliche Meinung steht ihm nicht zur Seite, er ist in der traurigen Lage, daß er die Vermuthung des guten Erwerbs nicht für sich hat und daß er den Beweis führen muß, daß er diesen Erwerb auf ordentliche Weise sich angeeignet hat. (Gelächter.) Ihnen erscheint das vielleicht anders und ich habe nichts dagegen. Ich weiß aber, wie der gewöhnliche Mann im gewöhnlichen Leben, der unter der Last der Arbeit leidet, darüber denkt und wenn Ihnen das gleichgültig ist, ob Sie das wissen oder nicht, so bedaure ich Sie, wir sind hier Volksvertreter und haben alle Klassen zu vertreten. M. H., daß aber Personen, die Vortheile davon gehabt haben, zu den maßgebenden Personen des Reichstages gehören, das ist unzweifelhaft. (Auf links: so?) Lesen Sie den Bericht der Diskontogesellschaft, da finden Sie die Stelle: es war für die und die Papiere bisher ein schlechter Markt, aber es ist jetzt wahrscheinlich geworden, daß der Reichsinvalidenfonds diese Papiere kaufen wird, und das ist sehr günstig für uns, wir haben alle die Papiere dieser Anstalten hinter uns, wir werden sie verkaufen können. Und dieser Verkauf ist thatsächlich geschehen, und ich weiß nicht, welche Dividende, welche Bezüge für die Direktoren, den Verwaltungsrath u. s. w. abfielen, es werden große Summen genannt. Wenn also gegen das Gesetz ein Geschäft entwirrt wird, welchem Mitglieder dieser Majorität maßgebend angehören und welches ihnen einen absoluten Vortheil gebracht hat, so wiederhole ich, daß dies das Mißtrauen im Volk rege macht; ob das Mißtrauen ein begründetes ist, weiß ich natürlich nicht und ich bin der letzte, der irgend einen Stein auf Jemand wirft. (Große Unruhe.) Vizepräsident Hänel: Ich finde die letzte Aeußerung des Redners nicht in der Ordnung. Verleibe sagte, daß Mitglieder des Hauses Vortheile aus gewissen Geschäften gezogen hätten zum Schaden des Reiches; das sei wenigstens ein im Volk verbreitetes Mißtrauen und er wisse nicht, ob dasselbe begründet sei oder nicht. Ich halte nicht dafür, daß er irgendwie berechtigt ist, ein derartiges Mißtrauen ohne Begründung gegen ein Mitglied des Hauses auszusprechen, und ich rufe ihn wegen dieser Aeußerung zur Ordnung. (Vorfall.)

Abg. v. Ludwig fährt fort: Es ist auch nicht im Entferntesten meine Absicht, die Art und Weise, wie der Herr Präsident in diesem Augenblicke gelaufen ist, aufreten zu müssen, irgendwie zu bemängeln. Ich gestehe ihm dieses Recht vollständig zu und nicht eine Spur von Kritik will ich antippen; ich will nur darauf aufmerksam machen, daß die denographischen Berichte nachweisen werden, daß ich nicht gesagt habe, daß es Operationen wären, die von Mitgliedern des Hauses zum Nachtheil des Reiches ausgeführt worden seien, ich habe nur gesagt, daß Mitglieder des Hauses bei Instituten persönlich theilhaftig sind, welche in solchen Sachen Geschäfte gemacht haben, daß diese Institute thatsächlich durch diese Operationen bedeutende Vortheile gehabt haben, und daß in Folge dessen auch diejenigen Personen, die im Reichstage sind und diesem Institute angehören — (Große Unruhe, links). M. H., ich habe wirklich nicht die Absicht (Große Heiterkeit, links) irgend Jemandem etwas nachzusagen, was ich nicht beweisen könnte und wiederhole nochmals, daß ich diese Thatsachen, welche seit Monaten als existierend ausgeschrieben werden, durchaus nicht für wahr halte. Ich sage Niemandem an, sondern rechtfertige nur den Grund des Mißtrauens im Publikum. Ich wünsche lebhaft, daß dieses Mißtrauen beseitigt werde und eifern ich von vielen Seiten der Wunsch ausgesprochen worden, daß diese Sachen hier zur Sprache kommen, um auf diesem einzigen Wege Klarheit zu gewinnen. (Auf: Namen! — Thatsachen nennen!) Ja wohl, ich nenne Herrn Abg. Miquel als dasjenige Mitglied, den viele Zeitungen als Verwaltungsrath, als Direktor, als Gründer u. s. bezeichnen — so wird er genannt, ich selbst weiß davon natürlich nichts — (Stürmische Heiterkeit links) ich wiederhole, es steht aber alle Tage in den Zeitungen. (Stürmische Heiterkeit links.)

Präsident: Ich halte es nicht für statthaft, Anlagen und Beschuldigungen gegen Mitglieder dieses Hauses vorzubringen, von deren Begründung man nichts weiß. Es ist das ein großer Vorstoß gegen die parlamentarische Ordnung und ich rufe den Abg. Ludwig zum zweiten Male zur Ordnung mit all den Folgen, welche die Geschäftsordnung daran knüpft. (Vorfall.)

Abg. v. Ludwig fährt fort: Ich unterwerfe mich den Folgen selbstverständlich ganz gerne (Heiterkeit links). Ich habe aber nicht im Entferntesten eine Anlage gegen den Abg. Miquel erhoben, ich habe nur gesagt, er ist Mitglied der Diskontogesellschaft gewesen, er hat zu ihrem Direktorium gehört, er ist Verwaltungsrath (Unterbrechung). Ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Miquel das bestritten wird. (Auf: zur Sache!) Es war meine Absicht, daß diese Dinge, die nun einmal im Publikum besprochen und zum großen Theil geglaubt werden, für die gewisse Anhaltspunkte, äußerliche wohlgeordnet, zu haben glaubt, hier widerlegt werden. Und es wird sich kein Mensch mehr freuen als ich, wenn es den Mitgliedern, die nun einmal öffentlich angegriffen werden, gelingt, sich vor den Augen der Welt vollständig rein zu waschen. Dies, m. H., ist der einzige Wunsch, den ich bei der Sache habe und ich glaube, Sie alle theilen ihn mit mir.

Abg. Dr. Lasker: Ich erkläre vor Allem, daß nach meiner Auffassung der Vorredner nicht als Vertreter einer Partei des Hauses gesprochen hat, weil ich wünsche, daß die Betrachtungen, die ich an seine Rede knüpfen werde, in keiner Weise mit der gesammelten Stellung einer Partei im Hause in Verbindung gebracht werden. (Sehr laut links.) Ich gehöre nicht zu denjenigen, welche eine offene Kritik selbst geachteter Personen scheuen, sondern ich halte es für eine Wohlthat, wenn das öffentliche Interesse in Frage kommt, daß dergleichen dem Lande schädliche Dinge öffentlich zur Sprache gebracht werden. Aber ich will jede Gemeinlichkeit mit denjenigen, welche nicht den Muth haben und die Verpflichtung fühlen, Personen und Thatsachen zu bezeichnen und die Verantwortlichkeit für ihre Behauptungen zu übernehmen. (Sehr richtig! links.) Wenn man Jemandem mit schlechter Kritik nennt und die Wahrheit der Thatsache nicht vertritt — der Herr Abg. v. Ludwig glaubt wohl selbst nicht, daß dies eine Entschuldigung sei — so ist das eine bekannte Form der Verleumdung

— ich sage das nicht, ich sage, die nicht den Muth haben, die nicht den Muth haben, (Sehr wahr!) Leichtfertigkeit, schlimme Dinge von der Rede, nicht, ob es wahr, ich will, Ernst Männer thun das nicht, wollen einen Schmutz auf Personen, nennen, und die Gesamtheit mit verflechten, wenigstens wollen sie sagen: etwas wird, den Beweis zu führen, bin ich weder im Stande, noch die Lüge ist sehr fein, welche der Volksvertreter bei der schonungslosen Kritik von Personen einzuhalten hat und welche ihn trennt von der verwerflichen Klasse der Verleumder. Es sind mehrfache Anspielungen hier gefallen, als ob diese Anlagen und Beschuldigungen in und außer dem Hause sich angeschlossen hätten an eine Kritik, die von der liberalen Partei ausgegangen ist, deren Repräsentant ich gewesen bin. Ich habe öffentlich bereits erklärt und wiederhole das nochmals, daß nicht eine der von mir erwähnten Thatsachen unbegründet geblieben ist, daß sie alle mit Beweisen versehen sind und daß ich Alles, was darüber hinausgehend ermittelt worden ist, weder öffentlich, noch privatim erwähnt habe, sei es mit dem Zwecke der Verbreitung oder dem der Aufklärung. Ich mußte damals gewisse Mißstände öffentlich rügen und habe, vor dem ganzen Lande herausgefordert, die Beweise geführt, indem ich die Namen öffentlich genannt habe und keiner in dieser Versammlung kann behaupten, irgend etwas meiner damaligen Ausführungen sei nicht nach den Grundsätzen des Beweises als Wahrheit dargelegt worden. Hunderte mir zugesandter compromittirender Aufschuldigungen habe ich einfach als mit der Sache nicht zusammenhängend zu den Akten gelegt. Was hat eine solche Kritik gemein mit allgemein kunstsinnigen Aufschuldigungen nicht genannter Personen, nicht genannter Thatsachen und vor Allem mit der Abwehr des Beweises und der Verantwortlichkeit? Wer eine öffentliche Anlage derart fordert, der wird in denselben Augenblicke auch zum Angeklagten, der nur durch den vollständig erbrachten Beweis frei werden kann. Er wartet er nur nach Art schlechter Schuldner den Gegenbeweis, so geht er verurtheilt aus der Verhandlung heraus (Sehr wahr! links). Es wäre allerdings richtig, daß man Abwehrende nicht anfragen darf, wenn hier eine einfache Behauptung bestünde und diese Worte nicht vor dem ganzen Lande geschrieben würden. Mit seiner Ehre ist man verpflichtet einzutreten, dann wird die große Fluth der Verleumdungen abfließen. Und mit dem Tage, an welchem Sie im Parlamente mich erfinden werden, daß ich gegen eine Person etwas Unbeweisbares behauptet habe, so sagen Sie mir: „gehe aus dem Parlamente, du paßt nicht in diese ehrliche Versammlung.“ Man hat auch so gar aus der Mitte des Hauses den schweren Vorwurf gegen mich gerichtet, ich hätte meine Angriffe gegen die Mitglieder der konservativen Partei gerichtet, und die Mitglieder der eigenen Partei geschont — ein Vorwurf, der in politischer Sinne an die Spitze der Verleumdung steht (Sehr wahr! links). Denn wer der Spitze der Verleumdung steht und des persönlichen Lades sich als politischer Waffe bedient ist ebenso schuldig, wie der Verleumder. Als ich meine Aufschuldigungen im preussischen Abgeordnetenhaus zu verantworten übernahm, wurde von einigen angesehenen Personen mir die Drohung zugesandt, daß man, falls ich die Sache weiter verfolgen würde, hochachtbare Mitglieder meiner Partei durch Beschuldigungen vollständig vernichten würde. (Sehr! Sehr!) Ich habe damals die Antwort gegeben, derlei Drohungen seien keine Angriffs- und keine Drohungen, sondern Schutz und Hilfe. Sind diese Erpressungsversuche während der drei zwischenliegenden Jahre wahr geworden? Nur Schmäheartikel in Zeitungen sind erschienen und die heutige Aeußerung eines Abgeordneten, wofür er die Verantwortlichkeit ablegt und deren Wahrheit er nicht verheugen kann, ist das Aeußerste, was es gekommen ist. Kann auf solcher Grundlage der Kampf gegen ein Mitglied der eigenen oder einer anderen Partei aufgenommen werden? Auch diese Aufschuldigung kann vielleicht auf einige Tage oder Jahre auf die Masse des Volkes Eindruck machen, die als schlechter Bodensatz herunterfallen und das öffentliche Bewußtsein klären wird. Der Herr Abgeordnete v. Ludwig hat heute eine mir unbekannte Schrift erwähnt; die bereits mitgetheilten wenigen Thatsachen beweisen mir, daß wirklich oder unwissentlich darin Unwahrheiten ausgesprochen sind. Es ist beispielsweise behauptet worden, daß seit dem Tode des Dr. Zabel ich und Herr Bamberg die eigentlichen Redakteure der „National-Zeitung“ seien, während ich von mir persönlich versichern kann, daß ich außer den freundschaftlichen Beziehungen zu einigen Mitgliedern der Redaktion seitdem weder eine Zeile für diese Zeitung geschrieben oder sonst in irgend einer Verbindung mit derselben gestanden habe. Das ist die Autorität, auf die sich der Abg. v. Ludwig beruft, daß Hr. Miquel 20 Mal in dieser Schrift als Gründer aufgeführt wird. Wie man Dravis in Italien dinsten kann, so kann man auch bei uns schriftstellerische Verleumder dinsten (Sehr richtig!) und wenn man nach alles Gedruckte für wahr hält, kann man den Charakter jedes Menschen herunterziehen. Mit jich hat in einem Prozesse der Richter festgestellt, daß jedes Wort in den inkriminirten Artikeln unwahr sei, und der Verleumder hob als Entschuldigungsgrund hervor, die verleumdeten Institute hätten den Gein, daß ihre Unschuld durch richterliches Urtheil klargestellt sei. (Heiterkeit.) Können wir wirklich immer vor den Richter laufen und prozessiren, zumal nach preussischem Rechtsverfahren, wo die Partei sich den Staatsanwalt als Vormund und den Verleumder ihrer Ehre gefallen lassen muß. Können wir diese anonymen Blätter — obgleich namenlose Namen darunter stehen — (Heiterkeit), diese herstellende Letztere (Heiterkeit) immer lesen, um immer auf die darin gegen uns erhobenen Beschuldigungen antworten zu können, falls es einem Abgeordneten einfallen sollte, sich auf dieselben zu berufen. Ich würde diese elenden Brei-produktionen gar nicht erwähnen, wenn ich nicht mit großer Bestimmtheit mir sagen müßte, daß unter Mißbrauch der besten Gesellschafts-freie an die schlechtesten Leidenschaften in Deutschland appellirt wird, an die Mißgunst und die Rachsucht. Hat ja eine hochachtbare Partei — und ich achte die, obwohl an Zahl geringe, konservative Partei als eine gewaltige Macht in Preußen und Deutschland — in ihrem Hauptorgan es nicht für verwerflich gefunden, fünf Artikel oder wie viele es waren, hintereinander zu schreiben, in welchen die verdienstlichsten Männer der Staatsregierung in Verbindung gebracht sind mit einer kaufmännischen Firma, um darzutun, daß die Verwaltung des Reiches nur zum Nutzen dieser Firma geführt werde. M. H., wenn das geschieht, wenn ein so hochachtbares Blatt, wie die „Neue Preussische Zeitung“, hochachtbar durch die Partei, die sie vertritt, derartige Artikel in die Welt schleudert, wundert Sie sich da noch, daß nun das Urtheil der Nation in allen Kreisen vergiftet wird und nicht mehr Wahres von Falschem zu unterscheiden weiß? Und wenn, m. H., dienen Sie denn damit, indem Sie das Wahre mit dem Falschen vermischen? Keinem Andern als den wirklich Schuldigen, welche nämlich einen so allgemeinen Widerwillen gegen diese öffentliche Erörterung antegen, daß sie selbst sich die Hände reiben und lächelnd

Kieler Sprotten, Astrach.
Caviar, Schweizer, Hollan-
dor, Chester-, Kräuter-,
Neschateler, Strassburger
Münster und Limburger
Sahnen-Käse, Braunschwei-
ger und Gothaer Carvelat-
wurst, Leberwurst, Bayonner
Schinken sowie auch alle
Delicatesswaaren billigst
empfehlen

Eduard Feckert jun.
Berl. u. Mühlenstr.-Ecke.

Sachen empfing aus
Moskau eine gr. Parthie
Anerkennung, Birkhühner,
Hasel- u. Schneehühner
und empfiehlt billigst
A. Cich

Ich bin seit längerer Zeit in so ausge-
dehntem Maße der Gegenstand persönlicher Angriffe und Veräch-
tungen, daß ich dem Herrn Abg. v. Ludwig nicht einmal habe bin, daß
er die Gelegenheit ergriffen hat, mich hier in diese Weise, wenn sie
auch an sich nicht zu billigen sein mag, anzugreifen. Ich glaube, m. H.,
ein langjähriges politisches Leben und die Freundschaft und das
Wohlwollen, die mir so oft bewiesen worden, rechtfertigen die Bitte, daß
Sie, da nun einmal selbst mein Privatleben in die Diskussion gezogen
worden ist, eine ganz klare und bestimmte Erklärung von mir in die-
ser Beziehung annehmen. Es mag sein, daß es nicht streng zur Sache
gehört, aber die außergewöhnliche Lage, in die ich gebracht bin, wird
es, glaube ich, dem Herrn Präsidenten gestatten, mir dies zu erlauben.
M. H., ich war Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück und meine
Freunde wissen, daß ich seit mehreren Jahren vor der Frage
stand, entweder meine politische Thätigkeit oder meine Stellung in
dieser Stadt aufzugeben. (Sehr richtig!) Ich war schließlich ent-
schlossen, lieber die öffentliche Thätigkeit aufzugeben, als mich voll-
ständig außer jeder anderen geschäftlichen Thätigkeit zu setzen. Nun
wurde ich ohne mein Zutun durch besondere Verhältnisse in die
Direktion der Diskontogesellschaft gewählt. Diese Stellung
nahm ich gerade mit Rücksicht auf die eben geschilderte Lage an, nach-

Die Osnabrück- und Osnabrück

Jul. Staehr in
empfehlen ihre anerkannt guten
selben namentlich Großisten
niedrigen Preisen.

Preis Courante unter-
Bei Bestellungen eine

AS

des mit gewöhnlichen
gewöhnlichen Ratichver-
tag hier Eingang finden
die Produkte der Ratichver-
nungen, um als allgemeine An-
gaben habe ich ausdrücken wollen —
dass in diese Räume eindringen
der öffentlichen Ordnung, um das
von seinem Gegenteil zu unterscheiden, nicht
schärfen Grade benachteiligen. Darum soll sich
beruht sein, daß, wenn er mit einer Aufschuldigung
auftritt, er dies auf seine Verantwortlichkeit überläßt. Wenn
er also eine Kritik herbeiführt, so werde ich ihm als einem Billigge-
gen danken; wenn er aber ohne diesen Beweis Aufschuldigungen
gegen Personen ausspricht, so sage ich: weit weg von mir! mit die-
sem will ich keine Gemeinschaft haben. (Sehr richtig! Beifall.)

Abg. Windthorst: Es ist mir sehr unangenehm, in diese Sache
nochmals das Wort zu ergreifen. Ich habe die Absicht gehabt, nach
allem, was in den letzten Tagen vorgekommen ist, ein absolutes
Schweigen zu beobachten, nach dem aber, was heute hier ganz gegen
meinen Wunsch und Willen von einem Mitgliede des Bundes vor-
gebracht worden ist, kann ich nicht schweigen. Ich werde meinstenfalls
für die von der Kommission beantragte Decharge nicht stimmen. Ich
bleibe bei der Überzeugung, daß die Belegung der Fonds in den be-
wogenen Papieren nicht gerechtfertigt ist. Ich bin zu weit davon
entfernt, die Integrität der von mir hochgeachteten Männer, welche
diese Belegung vollzogen haben, irgendwie zu bezweifeln, aber ich denke,
es ist nicht sofort ein Angriff auf die Integrität, wenn ich auspreche,
daß das Verfahren dieser Männer in diesem Falle ein verkehrtes war;
Sie müßten denn sonst diese Herren geradezu für unfehlbar halten.
(Sehr richtig!) Ich behaupte also, daß mit der hier in Frage stehenden
Belegung der Fonds ein schwerer Fehler gemacht worden ist und nichts
weiter. Wenn nun heute der Abg. Lucius in der Weise wie es ge-
schehen auf die Sache zurückkam, so wiederhole ich, daß das sehr gegen
meinen Wunsch und gegen meinen Willen und ganz und gar ohne
irgend welche Vorkenntnis aller seiner Parteimitglieder geschehen ist.
(Sehr richtig!) Ich bin auch der Ansicht, daß die Art und Weise, in
welcher der Abgeordnete seinen Angriff gemacht hat, in keiner Art ge-
rechtfertigt werden kann. (Sehr wahr! Beifall.) Wenn man solche
Behauptungen aufstellt, so muß man sie auch beweisen und die ganze
Verantwortung dafür übernehmen können. Ich habe den Abgeord-
neten nicht darin, daß er derartige Aussagen aufstellt, wohl aber ent-
schieden darin, daß er dabei erklärte, er wisse nicht, ob sie wahr sind
und er wolle nur dem Betreffenden Gelegenheit geben, sich zu rechtfertigen.
Man soll Beschuldigungen nicht aussprechen ohne das Ma-
terial für ihre Beweise zu haben. — Nun bin ich allerdings der
Meinung, daß in den letzten Jahren überaus viel gegründet
worden ist (Sehr wahr! Große Heiterkeit!) und daß sehr viele
von diesen Gründungen nicht zu billigen waren. (Sehr wahr!)

So sehr ich nun wünschen muß, daß man Alles, was in diesen Grün-
dungen gesagt und festgestellt worden ist, auch unumwunden zur
Sprache bringe und der Verurteilung preisgebe, muß ich doch davor
warren, daß man von vornherein jeden Erwerb auf diesem Gebiet
sicher für eine verwerfliche Gründung erklärt. Ich meine, daß es
durchaus gesunde und ethische Assoziationen giebt, durch welche Die-
jenigen, die sie eingehen, einen rechtlichen und ethischen Erwerb machen
können. Es kommt allein darauf an, ob bei Assoziationen zur Erlan-
gung des Erwerbes irgend welche unzulässige und verwerfliche Mittel
gebraucht würden. Wenn nun unser Kollege Miquel eine Gesellschaft
angehört hat, worin er, wie er sagte, hauptsächlich die juristische Seite
vertrat, so folgt ja daraus an sich gar nichts gegen ihn. Welch ein
Jurist hätte denn nicht schon Gelegenheit gehabt, in Bankiergeschäften
derartige Funktionen wahrzunehmen? Ich selbst habe sehr oft als
Advokat Bankiergeschäfte arrangiert. Wenn man dem Abg. Miquel
nicht nachweisen kann, daß er seine Stellung ausgenutzt hat, um einen
unzulässigen Erwerb und Gewinn zu machen, so kann gegen ihn ein
Vorwurf oder Angriff irgend welcher Art nicht erhoben werden. Die
Schrift von Otto Glagau kenne ich nicht, habe auch die Vertheidigung
des Abg. Miquel in keiner Weise zu führen, das
wird er selbst zu thun wissen. Niemals aber kann ich es billigen,
wenn jemand ohne Vorbringung klar festgestellter Beweise in solcher
Weise auszusprechen wird; wir thun wohl daran, uns das doch recht von
allen Seiten einzuprägen. Ob das immer von allen Seiten geschehen ist,
will ich hier nicht untersuchen, dazu wird im Abgeordnetenhaus die
Gelegenheit kommen. Hierher gehört die Sache nicht und ich hätte ge-
wünscht, daß auch der Abg. Lasker diese Seite der Sache hier nicht
vorgebracht hätte. (Zustimmung im Centrum.) Wenn nun aber die
in der Presse angegriffenen Personen diesen unglaublichen Lärm darü-
ber erheben, so muß ich doch meine Verwunderung ausdrücken, daß
die Herren so feinsinnig gegenüber der Presse sind. Ich persönlich bin
in dieser Hinsicht etwas härter gestimmt. (Heiterkeit.) M. H., wir sind
von Männern, die Ihnen sehr nahe stehen, in der Presse in der aller-
härtesten Weise angegriffen und als Vaterlandslose und Gott weiß was
Alles hingestellt worden. Kein Wort der Entschuldigung habe ich hier
deswegen vernommen. Ja, man hat uns hier von der Tribüne herab
gesagt, wir hingen an den Rockschößen von Mordbrennern und Sie,
meine Herren (zur Linken) haben Bravo dazu gerufen. (Widerspruch
links.) Ja wohl, meine Herren, Sie haben Bravo dazu gerufen. Es
ist soweit gegangen, daß Ihre Blätter mich im Bildnis Hand in Hand
mit Kullmann dargestellt haben. Kein Wort der Mißbilligung ist von
Ihren dagegen laut geworden. Nun das Alles berührt mich gar nicht,
ich hänge darum wahrscheinlich nicht an den Rockschößen Kullmanns.
Aber es ist gut, einmal zu zeigen, wozu die Parteileidenschaft führt.
Mögen wir uns doch auf allen Seiten recht vornehmen, in Angriffen
und Beschuldigungen nichts zu äußern ohne tatsächliche Beweise.
(Beifall.)

Abg. Miquel: M. H., ich bin seit längerer Zeit in so ausge-
dehntem Maße der Gegenstand persönlicher Angriffe und Veräch-
tungen, daß ich dem Herrn Abg. v. Ludwig nicht einmal habe bin, daß
er die Gelegenheit ergriffen hat, mich hier in diese Weise, wenn sie
auch an sich nicht zu billigen sein mag, anzugreifen. Ich glaube, m. H.,
ein langjähriges politisches Leben und die Freundschaft und das
Wohlwollen, die mir so oft bewiesen worden, rechtfertigen die Bitte, daß
Sie, da nun einmal selbst mein Privatleben in die Diskussion gezogen
worden ist, eine ganz klare und bestimmte Erklärung von mir in die-
ser Beziehung annehmen. Es mag sein, daß es nicht streng zur Sache
gehört, aber die außergewöhnliche Lage, in die ich gebracht bin, wird
es, glaube ich, dem Herrn Präsidenten gestatten, mir dies zu erlauben.
M. H., ich war Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück und meine
Freunde wissen, daß ich seit mehreren Jahren vor der Frage
stand, entweder meine politische Thätigkeit oder meine Stellung in
dieser Stadt aufzugeben. (Sehr richtig!) Ich war schließlich ent-
schlossen, lieber die öffentliche Thätigkeit aufzugeben, als mich voll-
ständig außer jeder anderen geschäftlichen Thätigkeit zu setzen. Nun
wurde ich ohne mein Zutun durch besondere Verhältnisse in die
Direktion der Diskontogesellschaft gewählt. Diese Stellung
nahm ich gerade mit Rücksicht auf die eben geschilderte Lage an, nach-

in Folge der bis dahin stattgehabten Entwicklung gesagt
würde etwa Beiträge von etwa 6 bis höchstens 8000 Thaler
zu haben diese Stellung an unter der ausdrücklichen Be-
dingung, daß mir die Theilnahme an den parlamentarischen Arbeiten
fernerhin gestattet werde. Der Verwaltungsrath trug zwar Be-
achten, darauf einzugehen, nachdem ich aber bestimmt erklärt hatte,
daß dies das einzige Motiv sei, warum ich von Osnabrück fortgehe,
wurde mir diese Bedingung zugesprochen.

Das war Anfang 1870. Bald kam der Krieg, nach dem Kriege
eine sehr große Entwicklung auf allen Verkehrszweigen, namentlich
auf dem Gebiete der Geldgeschäfte. Die Diskontogesellschaft und ihre
Geschäfte verdoppelten sich, und schon im Jahre 1872, mitten in der
größten Genußperiode, erklärte ich, ich werde gezwungen sein, auf
meine Stellung zu verzichten, denn der Grund, warum ich eingetreten,
die Möglichkeit, an dem öffentlichen Leben fernerhin theilzunehmen fällt
weg; ich habe das Gefühl, meine Pflichten gegen die Gesellschaft nicht länger
in dem Maße zu erfüllen, nach dem außerordentlich zehnjährigen Ge-
schäftsbetriebe, wie ich es vorausgesehen, und die Gesellschaft fordern
müsse — wenn ich gleichzeitig meine parlamentarische Thätigkeit fort-
setzen wollte. M. H., verleumdeter Weise hat man mir die Rei-
gung, reich zu werden und viel Geld zu erwerben, als das Motiv
meines Lebens zugeschrieben. Ich frage, ob, wenn ich, um an dem
öffentlichen Leben ferner theilzunehmen, schon im Jahre 1872 um meine
Entlassung bat, diese außerordentlich interessante, lehrreiche und höchst
einträglich Stellung aufgegeben bereit war, ob dies zu solchen Unter-
schreibungen Anlaß giebt. Mein Austritt vergrößerte sich durch kon-
traaktliche Bestimmungen, durch den Widerstand der Verwaltungsgesellschafter,
die meine weitere Theilnahme wünschten und andere Verhältnisse bis
in das Jahr 1873 hinein. Im Jahre 1873 trat ich aus der Direktion
aus und nur auf die dringende Bitte des Verwaltungsraths hin, der
gerne meine Erfahrungen an den Geschäften weiter sich zu
Nutzen machen zu wollen erklärte, wurde ich bemogen, in
den Verwaltungsrath einzutreten und die Stelle eines Vor-
sitzenden anzunehmen. Ich habe dies damals unternommen, weil ich
zu begreifen anfangte, was ich, als ich noch in Osnabrück war, gar
nicht ahnen konnte, weil ich von der Entwicklung dieser Verhält-
nisse keinen Begriff hatte, daß diese Stellung die Gelegenheit und
den Vorwand geben würde, mich persönlich anzugreifen und dadurch
die Gesellschaft selbst zu schädigen. Meine Herren, seit der Zeit habe
ich an den Geschäften überhaupt keinen Antheil mehr genommen, denn
die Diskontogesellschaft ist eine Kommanditgesellschaft, der Verwal-
tungsrath ist gar nicht berechtigt, in den laufenden Geschäften einzu-
greifen und erfährt davon nur das, was die Direktion mittheilt. Es
ist in Wahrheit wesentlich eine Revisionssinstanz.

Als ein Theil dieser Prioritätsanleihegeschäfte gemacht wurde, war
ich nicht einmal in Berlin. Hier sitzt ein Mann mir gegenüber, der
weiß, daß ich mit ihm damals (auf Urlaub) in Schweden gewesen
bin. Um so weniger konnte ich irgendwie diese Geschäfte, die nicht in
meinem regelmäßigen Ressort gehörten, durch meinen Einfluß bewirken.
Ich hatte kaum Kenntnis genommen von manchen dieser Geschäfte —
was doch bei dem großen Umfang der Geschäfte der Gesellschaft na-
türlich ist.

Wenn nun der Herr Abg. von Ludwig sagt, diese Geschäfte haben
der Diskontogesellschaft Gewinn gebracht und an diesen Geschäften
habe ich Theil genommen, mich auffordere, darüber eine Erklärung
abzugeben, so kann ich diese Frage nur bejahen. Meine Herren, die
Diskontogesellschaft betreibt diese Geschäfte, sie sind ihre Aufgabe, es
sind natürlich die Gewinne, wenn auch verhältnismäßig kleine ge-
wesen, auch aus diesem Geschäft. Aber welchen Grund sollte die
Diskontogesellschaft wohl haben, wenn sie mit anderen Bankhäusern
Prioritäten besaß und wenn das Reich oder vielmehr die Seehand-
lung diese Prioritäten kaufen wollte, diese Prioritäten nicht zu ver-
kaufen? (Sehr richtig!) Sollte sie etwa sagen: es kann daraus einem
unserer Direktoren später ein Vorwurf gemacht werden, wir wollen
auf diesen Gewinn verzichten, — der in ihrem Geschäftsbereich lag,
den alle Theilhaber machten, den sogar das kaiserliche Institut, die Se-
ehandlung, in derselben Weise machte wie die Diskontogesellschaft. Wie
kann man mir daraus einen Vorwurf machen? Wenn man daraus
einem Abgeordneten einen Vorwurf macht, der jede persönliche Ein-
wirkung absichtlich vermeidet, der gerade mit Rücksicht darauf, daß
eine solche Mißbenutzung ja möglich ist, jede persönliche Thätigkeit ver-
mieden hat, so wie es seine Pflicht irgendwie gestattete, — dann muß
es den Abgeordneten überhaupt nicht gestatten sein, daß sie im Ge-
schäftsleben jenseits; wer soll denn schließlich noch Abgeordneter sein?
(Sehr richtig!) Ich bin davon allerdings durchdrungen, daß selbst
heute meine Stellung im Verwaltungsrath die Gesellschaft jetzt
schädigte, — wie heute die Dinge liegen, werden der Gesellschaft fort-
während Angriffe und Verdächtigungen zugezogen, bloß weil ich
Mitglied des Verwaltungsraths bin, meine politischen Gegner
verfolgen die Gesellschaft um meinetwillen — deshalb nach den Erfah-
rungen der letzten Tage werde ich mich verpflichtet halten, auch aus dem
Verwaltungsrath der Diskontogesellschaft lediglich im Interesse der Ge-
sellschaft auszutreten.

Nun hatte man mir vorgeworfen, ich hätte Gesellschaften gegrün-
det, ich sei ein Gründer. Ich für mein Theil habe mir sehr fein
Gesellschaft gemacht, weder Gesellschaften gegründet noch andere. Wo ich
gehandelt habe, habe ich gehandelt als Direktor der Diskontogesell-
schaft, meiner Pflicht entsprechend. Was aber die Diskontogesellschaft
betrifft, so sind allerdings unter der großen Zahl von Gesellschaften aller
Art auch einige, ich glaube vier sogenannte Gründungen, ich werde sie
nennen: das ist der preussische Zentralbankcredit, die Gesellschaft Ge-
senkschen, die Provinzial-Diskontogesellschaft und die Dortmunder
Union. Ich habe an die Vorarbeiten für diese Gesellschaften in so
weit, als sie in mein Ressort fielen, theilgenommen und kann insofern
für diese Dinge durchaus einstehen. Die Begründung dieser Gesell-
schaften wurde ohnehin durch den ganzen Gang der übrigen Geschäfte
herbeigeführt, sie war eine Nothwendigkeit geworden. Die Dortmunder
Union wurde gegründet, weil der Dr. Strousberg der rumänischen
Eisenbahngesellschaft 6,000,000 Th. bezahlen mußte, die zu liquidiren
waren aus seinen angefangenen Eisenwerken. Es sind damals mehrere
Sachverständige aus Weßfalen zugezogen, die haben diese Werke geschätzt,
es ist dann die Gesellschaft „gegründet“ und die Gesellschaft selbst hat
zu dem Schätzungspreise den Kauf abgeschlossen. Irgend ein Betrag
ist nicht auf den Kaufpreis für die Gesellschaft geschlagen. Die Be-
richte dieser Union geben genau Auskunft, woher die gegenwärtigen,
hoffentlich vorübergehenden Schwierigkeiten kommen. Sie liegen allein
in den verkehrten Maßregeln der Direktion gegenüber dem Umschlag
der Konjunktur, in allzu großen Bauunternehmungen und in der schlim-
men Lage der Eisenindustrie überhaupt. Die Diskontogesellschaft hat
aber diese Union nicht allein gegründet, eine große Anzahl anderer,
großer angelegener Firmen und Industriellen Werksbetriebe ist dabei be-
theiligt gewesen. Ich persönlich kann behaupten, daß alle Theilhaber
in vollem guten Glauben dabei gehandelt haben. Diese Gründung
ist eine in jeder Weise korrekte. Es kann aber keine Gesellschaft
dafür einstehen, daß alle ihre Unternehmungen in jeder Zeit
gelingen. — Was die Provinzialdiskonto-Gesellschaft betrifft, so ist
ja bekannt, daß der einzige Grund ihrer Schwierigkeit in den großen
Verlusten liegt, welche diese Gesellschaft erlitten hat an ihrem Kom-
manditkapital bei einer Firma in Hannover. Die Gesellschaftsberichte
geben auch hier die allernäheste und klarste Auskunft, niemals sind
dieselben von den Aktionären hemangelt.

Meine Herren, es ist unmöglich, sich hier in die Details dieser
Dinge weiter einzugehen, soweit darf ich die Aufmerksamkeit dieses
Hauses nicht in Anspruch nehmen. Ich fordere Jeden heraus, der im
Stande ist, mir irgend eine inoffizielle Handlung im Geschäftsleben
vorzuwerfen, dann werde ich ihm antworten. Auf unbestimmte Ver-
dächtigungen kann ich mich nicht einlassen und will ich mich nicht ein-
lassen. Ich bin Ihnen dankbar, meine Herren, daß ich Gelegenheit
gehabt habe, mich hier offen über mein eigenes angegriffenes Privat-
leben auszusprechen. Es war für mich eine unbedingte Nothwendig-
keit. (Bravo!)

Abg. v. Benda konstatiert, daß nach dem Berichte der Reichs-
schuldenkommission und den gestern von dem Vertreter der Bundes-
regierungen gegebenen Aufklärungen alle ausgesprochenen Verdäch-
tungen grundlos seien.

Abg. v. Benda konstatiert, daß nach dem Berichte der Reichs-
schuldenkommission und den gestern von dem Vertreter der Bundes-
regierungen gegebenen Aufklärungen alle ausgesprochenen Verdäch-
tungen grundlos seien.

Die von der Budgetkommission beantragte Decharge wird
hierauf mit überwiegender Majorität (dagegen nur das Centrum)
ertheilt.

Es folgt die erste und zweite Beratung des von dem Abgeord-
neten Zimmermann eingebrachten Gesetzentwurfs,
betreffend die weitere geschäftliche Behand-
lung der Entwürfe einer deutschen Konfurs-
ordnung und des dazugehörigen Einführungsgesetzes.

Der Gesetzentwurf beweist in gleicher Weise, wie die Justiz-
kommission die zur Beratung der Konfursordnung eingesetzte
Kommission zu ermächtigen, ihre Verhandlungen nach dem Schlusse
des gegenwärtigen Reichstags bis zum Beginn der nächsten Session
fortzusetzen.

Abg. Zimmermann: Die Kommission hat in 20 Sitzungen
die erste Lesung der Konfursordnung erledigt und im Wesentlichen
die Grundzüge der Vorlage abgelehnt. Der bevorstehende Schlusse
des Reichstags wird die Kommission, wenn ihr Mandat nicht verlängert
wird, zwingen, die begonnenen Arbeiten, die bis dahin unmöglich ab-
geschlossen werden können, abzubrechen, wodurch bei dem neuen Zu-
sammenhang, in welchem die Konfursordnung mit den Justizgesetzen
steht, eine wesentliche Verzögerung in der Vollenbung der groß-
artigen Aufgabe, die je einer Volksvertretung gestellt worden ist,
entstehen würde.

Nachdem noch der Abg. Moske als Mitglied der Kommission be-
gegen, und Abg. Garbe dafür gesprochen, wird der Gesetzentwurf mit
großer Majorität angenommen.

Anwärtin ist folgender scheinlicher Antrag der Abg. Lasker,
Klos, Windthorst, Lucius, v. Demin, Graf v. Moltke, Marquardsen
und Genossen eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, 1) den
Herrn Abg. Dr. Simon zu ermächtigen, während der Abwesenheit
des Präsidenten v. Förschmann, sobald es die Umstände erfordern, das
Präsidium im Reichstag zu übernehmen; 2) zur Ausführung des Be-
schlusses zu 1. an den Abg. Simon die Bitte um Annahme vieler
Kommission zu richten. (Beifall.) (Beifall.) (Beifall.) (Beifall.) (Beifall.)
Der Antrag wird einstimmig angenommen, worauf der Präsident
an den Abg. Simon die Frage richtet, ob er dem Wunsche des Reichstags
entsprechen wolle.

Abg. Dr. Simon: M. H., die Wahrnehmung, daß die Er-
nennung an Dienste, die ich in früheren Jahren diesem hohen
Hause habe leisten können, in ihrer Mitte noch so im Anbetracht ist,
daß Sie dem Antrage haben zustimmen mögen, der eben Ihre An-
nahme gefunden hat, bewegt mich auf das Tiefste. Es handelt sich bei
dem Antrage vornehmlich um einige wenige Sitzungstage und ich
vertraue, daß der junge tüchtige, verehrte Mann auf dem Präsidenten-
stuhle eines Vertreters in seinen Geschäften um so weniger bedauern
wird, wenn er erst weiß, daß es ihm erforderlichen Falls an einer
solchen Vertretung nicht gebrechen werde. In diesem Sinne, meine
Herren, folge ich der Anweisung, die Sie mir durch Ihren Beschluß
ertheilen und spreche Ihnen dafür, daß Sie mir diese Anweisung haben
ertheilen mögen, meinen bewegten Dank aus. (Beifall.)
(Schluß folgt.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 6. Februar.

Der „Staats Anz.“ veröffentlicht folgenden königlichen Erlaß
betreffend die diesjährigen Uebungen des Weurlaubten-
standes:

Auf den Wir gehaltenen Vortrag bestimme ich in Bezug auf die
diesjährigen Uebungen des Weurlaubtenstandes:

- 1) Es sind zu den Uebungen einzubereit: a. aus der Landwehr
der Infanterie 121,500 Mann; b. aus dem Weurlaubtenstande der
Jäger und Schützen 2600 Mann; c. aus der Reserve der Feld-
Artillerie 6300 Mann; d. aus dem Weurlaubtenstande der Fuß-
Artillerie 8700 Mann; e. aus der Reserve der Pioniere 3000 Mann; f. aus
dem Weurlaubtenstande des Eisenbahn-Regiments 750 Mann und
g. aus der Reserve des Trains 2800 Mann.
- 2) Die Dauer der unter 1. a. bis d. f. und g. gedachten Uebungen
beträgt 12, die unter 1. e. 20 Tage. Die hierzu aus dem Weurlaubten-
stande eingezeichneten Offiziere und Unteroffiziere haben über
einen Tag früher am Uebungsorte einzutreffen, wie die übrigen
Mannschaften.
- 3) Die Uebungen, deren Hauptzweck bei der Infanterie, den
Jägern und den Schützen in der Ausbildung mit dem Gewehr M. 71
besteht, werden bei der Garde- und Provinzial-Landwehr-Infanterie
durch die General-Kommandos, bei den anderen Waffen durch die
obersten Wehrinstitute geleitet.
- 4) Die Uebungen der Garde- und Provinzial-Landwehr-Infan-
terie, sowie die der Fuß-Artillerie, finden im Allgemeinen in Kompa-
gnien, die des Trains in Kompanien, beziehungsweise Sanitäts-
Bataillonen statt, welche sämtlich zu diesem Zweck besonders formirt
werden.
- 5) Ob bei den Jägern und Schützen, bei den Pionieren und dem
Eisenbahn-Regiment die Formation besonderer Kompanien erforderlich
ist, entscheidet die Inspektion der Jäger und Schützen, beziehungsweise
die betreffende General-Inspektion und der Chef des Generalstabes der
Armee.
- 6) Hinsichtlich der Uebungsorte der Garde Landwehr-Infanterie
sehe ich alsbald Vorschläge des General-Kommandos des Garde-
Korps durch das Kriegsministerium entgegen. Auf thunliche Kosten-
sparrung ist hierbei Bedacht zu nehmen. Als Uebungsorte für die Pro-
vinzial-Landwehr-Infanterie sind in der Regel Garnisonorte der In-
fanterie zu wählen.
- 7) Jäger (Schützen), Pioniere und Trainmannschaften üben in
den Garnisonen der betreffenden Linien Truppentheile. Die Uebungs-
orte für die Feld- und Fuß-Artillerie und für die Mannschaften des
Eisenbahn-Regiments bestimmt die General-Inspektion der Artillerie,
beziehungsweise der Chef des Generalstabes der Armee im Einbe-
rathung mit den bezüglichen General-Kommandos.
- 8) Der Zeitpunkt der Uebungen ist Seitens der General-Kom-
mandos, beziehungsweise Seitens der obersten Wehrinstitute nach
Bereinbarung mit den Eskadren im Allgemeinen in die erste Hälfte
des Jahres zu verlegen. Die Interessen der am meisten befristeten
bürgerlichen Berufskreise sind bei der Wahl des Zeitpunktes besonders
zu berücksichtigen. Die Trainmannschaften finden nach beendeten Uebun-
gen der betreffenden Armeecorps statt. Die Sanitäts-Deputations-
mannschaften üben zu gleicher Zeit mit den Krankenträgern aus dem aktiven
Dienststande.
- 9) Aus den Hohenzollernschen Landen üben die bezüglichen Mann-
schaften des Weurlaubtenstandes mit denen des XIV. Armeecorps ge-

Druck und Verlag von B. Decker u. Comp. (F. Köstel) in Posen.